



Hartmannbund

Verband der Ärzte Deutschlands

Pressemitteilung

Berlin, 14.03.2014

Schluss mit Scheuklappenendenken und Kirchturmpolitik

Reinhardt fordert ehrliche Debatte über stationäre Versorgungsstrukturen in Deutschland

Vor dem Hintergrund der anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Krankenkassen und Klinikträgern über „fehlende Milliarden“ und „überzählige Kliniken“ und einer von der Politik fortgesetzt praktizierten Finanzierung nach Kassenlage hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, eine offene Debatte um die Zukunft der stationären Versorgung in Deutschland gefordert. Am Ende einer solchen Diskussion müsse auch eine ehrliche Antwort auf die Frage stehen, welche Klinikstrukturen unter dem Aspekt von Versorgungsdichte, Aufgabenteilung und sinnvoller Spezialisierung noch erforderlich und finanzierbar seien. „Wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen, dann müssen wir endlich über den Tellerrand schauen und größer denken. Da ist kein Platz mehr für engstirnige Kirchturmpolitik und stures Scheuklappenendenken“, sagte der Hartmannbund-Vorsitzende.

Statt weiterhin hunderttausende Euro für Diffamierungs- und Rechtfertigungskampagnen auszugeben, sollten sich Kassen und Krankenhausgesellschaft wie rationale erwachsene Menschen benehmen und diese grundsätzliche Debatte ohne Denkverbote führen. Auch die Länder seien aufgerufen, ihrer Krankenhausplanung kritisch zu hinterfragen. „Kliniken sind weder gewinnorientierter Selbstzweck noch Denkmäler für Landräte. Sie sind ebenso wie die ambulanten Einrichtungen elementare Bausteine einer Versorgungsstruktur, die qualifizierte Versorgung in angemessener Wohnortnähe gewährleistet. Das sollten sich

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Kurfürstenstraße 132
10785 Berlin

Telefon: 030 206208-0
Telefax: 030 206208-29
E-Mail: hb-info@hartmannbund.de
Internet: www.hartmannbund.de

Gläubiger-ID
DE48 1000 0000 3900 15
Deutsche Apotheker-
und Ärztekbank eG Düsseldorf
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18
BIC DAAEDEDXXX
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Diese Pressemeldung ist auch im Internet unter www.hartmannbund.de verfügbar.

alle Beteiligten vor Augen führen“. Wichtige Impulse, so Reinhardt, müssten auch von der im Koalitionsvertrag vereinbarten Bund-Länder-Arbeitsgruppe ausgehen, die eine Krankenhausreform vorbereiten solle und in der letzten Märzwoche ihre Arbeit aufnehmen.

„Es braucht einen grundsätzlichen Konsens zwischen Klinikträgern, Kostenträgern, Ärzteschaft und Politik über ein zukunftsfähiges Versorgungskonzept“, sagte Reinhardt. Ein einfaches Weitermachen in den historisch sehr heterogen gewachsenen Strukturen werde den Anforderungen an eine moderne, intelligent organisierte Versorgung, die sich am aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft orientiert, nicht gerecht. In keinem Fall könnten Kostendruck und strukturelle Fehlentscheidungen dauerhaft auf dem Rücken von Ärztinnen und Ärzten bzw. Pflegerinnen und Pflegern abgeladen werden, die unter immer schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen Höchstleistungen erbrächten.